

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 102 (1969)
Heft: 29-30

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
102. Jahrgang, Bern, 18. Juli 1969

Organe de la Société des enseignants bernois
102^e année, Berne, 18 juillet 1969

Protokoll der Abgeordnetenversammlung des Bernischen Lehrervereins

Mittwoch, den 18. Juni 1969 im Rathaus in Bern

Vorsitz: Fritz Gerber, Zweisimmen, Präsident der Abgeordnetenversammlung.

Anwesend: 115 stimmberechtigte Delegierte, der Kantonalvorstand, der Zentralsekretär, die Präsidenten der beiden Pädagogischen Kommissionen, eine Anzahl Sektionspräsidenten und Grossräte, die Redaktoren Bourquin, Egli und Adam und als

Gäste: Albert Althaus, Seminarlehrer, Präsident des Schweiz. Lehrervereins bis 30. September 1968, Bern, Frau Renate Amstutz-Schaffner, Präsidentin des Kindergartenvereins des Kantons Bern, Biel, Dr. René Baumgartner, ancien rédacteur de l'Ecole bernoise, Delémont, Ernst Bircher, Nationalrat, Sekretär des Bernischen Staatspersonalverbandes, Bern, Willy Denzler, Beauftragter des Kantonalvorstandes für Alterssiedlungen, Bern, Hans Egger, Präsident der Kommission für die Lehrerausbildung, Burgwil/Burgistein, Fritz Engler, alt Sekundarlehrer, Präsident des Kant. Ausschusses der Veteranen bis 31. März 1969, Bern, Francis Erard, correspondant de l'Educateur, Nods, Armin Haller, Nationalrat, ehem. Präsident des Kantonalkartells Bernischer Angestellten- und Beamtenverbände, Bern, Jean John, président de la Société pédagogique romande, La Chaux-de-Fonds, Dr. Leonhard Jost, Seminarlehrer, Präsident des Schweiz. Lehrervereins, Küttigen, Samuel Kislig, Abteilungsvorsteher der Kant. Erziehungsdirektion, Bern, Frau Rosmarie Kissling, Präsidentin des Kant. Verbandes bernischer Arbeitslehrerinnen, Bern, Ernst Kramer, Präsident der Übertrittskommission, Oberburg, Frl. Elsa Kümmerli, Präsidentin des Kant.-bern. Lehrerinnenvereins, Bern, Frl. Evy Meyer, Präsidentin des Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverbandes, Bümpliz, Theophil Richner, Zentralsekretär des Schweiz. Lehrervereins, Zürich, Emil Schaffer, Nationalrat, Präsident des Kantonalkartells, Langenthal, Richard Schori, Verwalter des Sternhauses, Bümpliz, Hans Steiner, Präsident der Besoldungstechnischen Kommission, Bern, Rudolf Strahm, ehem. Präsident des Kantonalvorstandes und Präsident der Kommission für Alterssiedlungen, Burgdorf, Dr. Karl Wyss, alt Zentralsekretär des BLV, Muri.

Es liessen sich entschuldigen: Fritz Rohrbach, Grossratspräsident, Mittelhäusern, Hans Burren, alt Nationalrat, Thun, Marcel Farron, ancien président de la Société péd. jurassienne, Tavannes, Paul Fink, alt Redaktor des Berner Schulblattes, Münchenbuchsee, Felix Grütter, Präsident des Bernischen Gymnasiallehrervereins, Burgdorf, Max Gyga, Vertreter der Kommission für Ausländer-

kinder, Bern, Karl Geissbühler, Grossrat, ehem. Sekretär des Bernischen Staatspersonalverbandes, Spiegel, Simon Kohler, Conseiller d'Etat, Directeur de l'Instruction publique, Berne, Huldrych Lüthi, Präsident des Komitees für Nyafaru, Grosshöchstetten, Maurice Péquignot, Conseiller aux Etats, Saignelégier, Dr. Paul Pflugshaupt, alt Präsident der Abgeordnetenversammlung, Bern, Moritz Rebmann, als Vertreter des Kantonalkartells, Bern, Herr und Frau Rindlisbacher, Rechtsberater des Bern. Lehrervereins, Bern, Albert Schläppi, Präsident der Heimkommission, Bern, Dr. Heinz Schmid, Direktor der Lehrerversicherungskasse bis 30. April 1969, Muri bei Bern, Rudolf Schröer, ehem. Präsident der Pädagogischen Kommission, Melchnau, Dr. Gerhard Staender, Präsident der Besoldungskommission, Bern-Liebelfeld.

1. Eröffnung

Präsident *Fritz Gerber* wandte sich mit folgenden Worten an die Versammlung:

«Sehr verehrte Anwesende,

Der im Jahre 1943 verstorbene Dichter Simon Gfeller, unser ehemaliger Kollege, der Zeit seines Lebens um eine Vertiefung und Vermenschlichung der Schule gerungen und unsern schönen Beruf als eine Herzenssache betrachtet hat, schrieb in sein Tagebuch:

«Man verlangt heute vom Lehrer, dass er ein Künstler sei. Und mit Recht! Der wahre Künstler hält sein Werk hoch. Er ringt darum, aus ihm etwas zu machen, er arbeitet mit ganzer Seele. Was er darstellen will, muss ihm lieb sein. So sollen auch wir Künstler sein. Aber nur von dem werden die Kinder bleibenden Gewinn haben, was als tief innerliches, geistiges Erlebnis aus dem Gemüte des Lehrers auf sie übergeht.»

Wir alle wissen, dass im Erziehungs- und Unterrichtswesen heute alles in Fluss geraten ist. Vieles steht zur Diskussion. Die pädagogischen Probleme werden immer zahlreicher. Das Interesse an Schulfragen ist gross. Alle Kreise und Schichten glauben befugt zu sein, in die geplante Reorganisation hineinzuwirken. Das ist begrüssenswert, aber es ist andererseits gefährlich, weil nicht von jedem erwartet werden kann, dass er die Probleme klar sieht.

Je länger je weniger kann man sich des Eindruckes erwehren, dass die Tendenzen nach einer rationelleren Bewältigung des Unterrichtsstoffes dem wahren Wesen des Kindes in keiner Weise entsprechen. Schon das Kleinkind wird in den Experimentierbereich der Lernmaschinen einbezogen, und bald ist der äusserlich registrierbare Erfolg einziges Kriterium der modernen Lehr- und Lernmethoden. Wir dürfen uns von den Empfehlungen und Versuchen dieser Art des Lernens, von den bestechenden Anpreisungen einer Technisierung nicht kritiklos überrumpeln lassen.

Sicher werden die Aufgaben des Lehrers von Tag zu Tag schwieriger. Ob jedoch durch vermehrte Mechanisierung im Unterricht die Erziehungsschwierigkeiten vermindert werden können, ist zu bezweifeln. Die fortschreitende Technisierung, das Streben nach einem ferngesteuerten manipulierbaren Menschen bedrohen die aufbauenden Kindheitskräfte.

Der Lehrer und Erzieher Simon Gfeller ringt um eine Vermenschlichung des Unterrichtes, um eine Kräftigung des innerlichen Menschen. Er wendet sich vehement gegen Mechanisierung, gegen «das Ungeheuer der Vereisung, der Verknöcherung, Verkrustung und Verrostung». Auch uns ist es aufgetragen, mit vollem Einsatz und mit wachem Bewusstsein all diese Fragen zu klären. Ablehnung allein genügt nicht. In gründlicher Auseinandersetzung müssten wir doch Wege zu einer der menschlichen Entwicklung gemässen Erziehung und Schulung finden.

Ich erinnere an den Ausspruch Professor Portmanns: «Wer das Kind vorzeitig Schritte lehrt, die es bei natürlicher Entwicklung erst später tun wird, raubt ihm eine wesentliche Gelegenheit zur Selbstformung seines Wesens.»

Die Vielfalt des schweizerischen Schulwesens erregt anstoss und Ärgernis und wird als rückständig betrachtet. Die Diskussionen um Koordination der schweizerischen Schulsysteme werden seit Jahren geführt. *Dass* koordiniert werden muss, ist unbestritten. Wie und was koordiniert werden soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Wollen wir als gesamter Lehrkörper in diesen Bestrebungen die Geführten oder die Führenden sein? Wollen wir uns übertölpeln lassen, oder ist es unser Anliegen, zu den Entscheidungen beizutragen?

Koordination sollte sich nicht nur organisatorisch auswirken, es geht nicht nur um eine Näherung der verschiedenen Systeme, um eine Durchschnittslösung zwischen den Kantonen. Der Lehrer ist heute zum Einsatz aufgerufen wie noch nie. Er muss all diesen Fragen gegenüber wach und aufgeschlossen sein. Andernfalls müssen wir uns kurzerhand mit einer aufoktroyierten Regelung von aussen und von oben abfinden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Wir sind weit davon entfernt, uns eines geruhsamen Daseins zu erfreuen. Die Mitgliedschaft im BLV kann sich nicht darin erschöpfen, dass wir lediglich unsere Jahresbeiträge bezahlen und allenfalls noch über Lohnfragen diskutieren – vielen wichtigen Fragen gegenüber jedoch gleichgültig und unansprechbar bleiben. Wir können die Arbeit in diesen Belangen nicht allein dem KV, dem LA, den Kommissionen überlassen. Es ist ein Mangel an Standesbewusstsein, wenn wir all jenen die Unterstützung versagen, die mit grossem physischen und geistigen Einsatz für uns arbeiten.

Sehr verehrte Delegierte, helfen Sie mit, dass die Arbeit in den Sektionen, unter den einzelnen Mitgliedern intensiviert wird; helfen Sie mit, dass die Behörden unseres BLV nicht den Eindruck erhalten, man sei mancherorts eher geneigt, zu kritisieren als konstruktiv mitzuarbeiten. Lassen wir nicht einige wenige die Diskussionen führen und die Entscheidungen treffen! Die Zeit fordert von uns, dass wir zusammenstehen und miteinander arbeiten. Ein gültiges Mitspracherecht haben wir nur dann, wenn wir wissen, was wir wollen.»

Die Ausführungen des Präsidenten wurden mit starkem Applaus verdankt, worauf der Zentralsekretär wie jedes

Jahr die *Liste der Verstorbenen* zu verlesen hatte (siehe Berner Schulblatt Nr. 26 vom 27. Juni 1969). Der BLV hat im Berichtsjahr 9 aktive und 64 passive Mitglieder verloren (letztes Jahr: 17 Aktive und 76 Passive). Sie wurden schweigend geehrt.

2. Wahl der Stimmenzähler und Übersetzer

Als Stimmenzähler werden vorgeschlagen und gewählt *Moritz Baumberger*, *Laurent Froidevaux* und *Heinrich Enggist*. Zu Übersetzern werden die Kollegen *Lucien Bachmann* und *Richard Schori* bestimmt.

3. Das Protokoll

der Abgeordnetenversammlung vom 12. Juni 1968 ist im Berner Schulblatt Nr. 35 vom 30. August 1968 veröffentlicht worden. (Der französische Text erschien in den Nr. 38/39 vom 20./27. September 1968.) Bemerkungen dazu werden keine gemacht, sodass der Bericht unter Verdankung an den Verfasser stillschweigend genehmigt werden kann.

4. Genehmigung der Geschäftsliste

Der Präsident teilt mit, dass aus Versehen ein kleines Geschäft nicht auf die Traktandenliste zu stehen kam, nämlich der Beitritt des BLV zur Stiftung «Bauernmuseum Althus-Jerisberghof». Es soll unter Traktandum 13, Verschiedenes und Unvorhergesehenes, behandelt werden. Abänderungen zur Geschäftsliste werden keine verlangt.

5. Jahresberichte

a) der Jahresbericht des Kantonalvorstandes wurde deutsch und französisch im Berner Schulblatt Nr. 22 vom 30. Mai 1969 veröffentlicht.

Fritz Zumbrunn, Präsident des KV, orientiert kurz über die geplante Koordinierung im schweizerischen Schulwesen, insbesondere über den dabei vorgesehenen Herbstschulbeginn. Die Erziehungsdirektion beabsichtige, dem Grossen Rat vorzuschlagen, den administrativen Beginn des Schuljahres auf den 1. August festzusetzen (erstmalig 1972). Die Bestimmung der Anzahl und Dauer der Ferien soll weiterhin den Gemeinden überlassen werden. Diese sind nach dem Gesetzesentwurf lediglich gehalten, um Weihnachten und im Frühling mindestens eine Ferienwoche einzuschieben. Die Mitglieder des BLV wurden in den letzten Jahren mehrmals mündlich und schriftlich eingeladen, zu dieser geplanten Neuordnung Stellung zu nehmen. Der Gesetzesentwurf liege bereits zur Vernehmlassung vor und werde im Berner Schulblatt (Nr. 25 vom 20. Juni 1969) erscheinen. Allfällige sofortige Anregungen können dem Sekretariat zuhanden des Kantonalvorstandes und der ED bis zum 23. Juni bekanntgegeben werden. Später, d. h. bis zum 8. September 1969, eingehende Abänderungsvorschläge sollen zu einem Nachtrag zusammengefasst und vom Kantonalvorstand der Erziehungsdirektion zuhanden der parlamentarischen Kommission ebenfalls zugestellt werden.

Auf diese Mitteilungen hin melden sich zwei Kollegen zum Wort. *Erich Marti*, Heimberg, kann sich mit dem Gesetzesentwurf nicht einverstanden erklären. Man habe seinerzeit an einer Präsidentenkonferenz die herablassende Antwort erhalten, der Herbstschulbeginn sei eine zweitrangige Frage. Wohl hätten die Sektionspräsidenten kürzlich die nötigen Unterlagen erhalten, jedoch sei die Frist zur Beantwortung entschieden zu knapp. *Christoph Zürcher*, Delegierter der Sektion Biel-

deutsch, unterstützt den Kollegen Marti. Seiner Auffassung nach wäre Zeit genug vorhanden gewesen; der erste Entwurf der Erziehungsdirektion sei bereits im März dieses Jahres bekannt gewesen. Nun liege schon ein zweiter Entwurf vor. Kollege Zürcher wünscht vom Kantonalvorstand Fristverlängerung.

Zentralsekretär *Marcel Rychnier* teilt mit, dass er die Stellungnahme der beiden Kollegen verstehen könne, jedoch sei zu bedenken, dass heute überall im Schulwesen in anderem Stil und Rhythmus gehandelt werde. Die Behörden seien so unter Druck mit grossen und kleinen Geschäften, dass sie sich bei Vernehmlassungsverfahren nicht mehr viel Zeit lassen können. Es gehe um die Koordination, nicht nur oder vor allem um den Herbstschulbeginn. Der erste Entwurf der ED sei direktionsintern behandelt worden, dies sei so üblich. Der neue Regierungsstil müsse zwangsläufig akzeptiert werden, wenn wir nicht immer hintendrein kommen wollen. Wir könnten nicht mehr monate- oder gar jahrelang diskutieren, seien vielmehr gezwungen, das vor auszudiskutieren, was gewissermassen in der Luft liege. Im übrigen sei es durchaus noch möglich, die Auffassung der Lehrerschaft wirksam zur Kenntnis zu bringen.

Die *Jahresberichte der Pädagogischen Kommissionen, der Redaktoren des Berner Schulblattes und der Schulpraxis, der Logierhaus-Kommission, des Nyafaru-Komitees, der Informationsstelle für Weiterbildung und der Alterssiedlungskommission* erschienen alle im Berner Schulblatt Nr. 23 vom 6. Juni 1969.

Henri Reber, Bienne, Präsident der Société pédagogique jurassienne, gibt einige kurze Erläuterungen zum letzten Abschnitt seines schriftlichen Berichts (s. Berner Schulblatt Nr. 23, S. 173).

Zum Bericht der Logierhauskommission meldet sich Heimverwalter *Fritz Zumbrunn*. Der Um- und Zubau sei zur allgemeinen Befriedigung ausgeführt worden. Die Mithilfe in der internen Anleihe sei weiterhin sehr erwünscht. Risiko bestehe für den Geldgeber ja keines, und über Darlehen könne er wie bei Sparheften verfügen. Man wolle doch bitte in den Sektionen immer wieder darauf aufmerksam machen. Im übrigen seien schon für den nächsten Frühling bereits mehr Anmeldungen als Zimmer vorhanden.

An den Nyafaru-Bericht (s. Schulblatt) anschliessend, weist der Zentralsekretär darauf hin, dass der Schweizerische Lehrerverein und die Société pédagogique romande in Afrika auch in anderer sehr nützlicher Arbeit tätig seien; in Kamerun und Kongo geben Schweizer Lehrer in den Sommerferien Fortbildungskurse für unsere afrikanischen Kollegen. Die diesbezügliche Sammlung des SLV sei sehr zu empfehlen. Wie es bei diesen Kursen zugeht, erläutert hierauf Kollege *Pierre Henry* aus Porrentruy, der als Kursleiter im Auftrage des SLV und der SPR in Afrika tätig gewesen ist. Es handle sich hier keineswegs um eine Konkurrenz zum Nyafaru-Unternehmen des BLV. Unsere schwarzen Kollegen zeigten grosses Interesse und Dankbarkeit für diese Kurse. 1966 hätten 80 daran teilgenommen, 1968 seien es bereits deren 300 gewesen und für dieses Jahr haben sich über 400 schwarze Lehrerinnen und Lehrer, dazu 46 Schulvorsteher, eingeschrieben; zum Teil kommen sie hunderte von Kilometern hergereist. Die schweizerischen Kursleiter erhalten kein Honorar, sie arbeiten in tropischer Hitze, haben einfache Behausung und einfachste Kost. Sie scheuen keine Arbeit und erteilen auch zusätzliche Unterrichtsstunden.

Heinrich Riesen, der neue Leiter der Informationsstelle für Weiterbildung, stellt sich der Delegiertenversammlung vor und dankt seinem Vorgänger Hans Schmocker und den Veranstaltern von Kursen für alles bisher Geleistete. An die Einführungsworte des Präsidenten Fritz Gerber erinnernd, gibt er seiner Hoffnung auf rege Mitarbeit Ausdruck.

Zu den übrigen Jahresberichten wird das Wort nicht verlangt, worauf sämtliche Berichte einstimmig genehmigt werden.

6. Rechnung der Zentralkasse und der andern Abteilungen

Eine gekürzte Ausgabe der Abrechnungen ist im Berner Schulblatt Nr. 22 vom 30. Mai 1969 erschienen. Die ausführlichen Rechnungsberichte haben die Delegierten direkt zugestellt erhalten. – Niemand verlangt das Wort, worauf die Rechnungen der Zentralkasse, des Hilfsfonds, der Stellvertretungskasse der Primarlehrerschaft, der Liegenschaft Brunngasse 16, des Logierhauses sowie der Alterssiedlung einstimmig genehmigt werden. Der Revisionsbericht ist im Berner Schulblatt (Nr. 23 vom 6. Juni 1969) bereits erschienen.

7. Voranschlag für das Jahr 1969/70 und Festsetzung der Jahresbeiträge

Zur Diskussion gibt einzig die Stellvertretungskasse Anlass. Es geht um die Frage, ob die 7 bisherigen Kategorien aufrechterhalten werden sollen oder ob man sich nicht auf 5 Gruppen beschränken will. Der Zentralsekretär gibt einige Erläuterungen zum Vorschlag des Kantonalvorstandes, ab Wintersemester 1969/70 die Abteilungen Bern und Biel zusammenzulegen und für beide Sektionen die Prämien in gleicher Höhe festzulegen (siehe Berner Schulblatt Nr. 22 vom 30. Mai 1969, Seite 163). Eine Fusion aller 7 Gruppen könne nicht in Frage kommen, da die Landlehrer sonst zu kurz kämen. Sie brauchen weniger Stellvertretungen, weil sie die Ausfälle mit schulfreien Halbtagen und Ferien kompensieren können. – Niemand verlangt das Wort. In offener Abstimmung erklären sich die Delegierten mit 58 zu 7 Stimmen mit dem Vorschlag des Kantonalvorstandes einverstanden. Somit werden inskünftig die Lehrer der Sektionen Bern-Stadt und Biel den gleichen Prämienbetrag zu entrichten haben, ebenso wird zwischen den Lehrerinnen dieser beiden Sektionen kein Unterschied mehr gemacht.

Nach Behandlung dieses Geschäftes wird auch das *Budget einstimmig genehmigt*. Ebenso werden die üblichen *Vergabungen* gutgeheissen, nämlich:

Schweiz. Lehrerweisenstiftung	Fr. 500.–
Bernischer Verein abstinenter Lehrer und Lehrerinnen	Fr. 100.–
Naturhistorisches Museum	Fr. 100.–
«Maison Blanche» Leubringen	Fr. 50.–
Mädchenheim Schloss Köniz	Fr. 50.–
Kantonalbernischer Verein für Familienschutz	Fr. 50.–
Schweiz. Erziehungsheim «Bächtelen»	Fr. 50.–
Bernische Liga gegen die Tuberkulose	Fr. 50.–
Foyer jurassien d'éducation à Delémont	Fr. 50.–
Alpengarten Schynige Platte	Fr. 50.–
	<hr/>
	Fr. 1050.–

8. Wahlen

a) *René Lutz* hat auf 30. Juni 1969 als *Vizepräsident der Delegiertenversammlung* demissioniert, da er auf den kommenden Herbst pensioniert wird. Präsident Fritz Gerber

dankt dem scheidenden Kollegen für seine 10jährige Mitarbeit und wünscht ihm eine gute Zukunft. In bewegten Worten wendet sich darauf René Lutz, mit dem ihm überreichten Blumenstrauß in den Händen, an die Delegiertenversammlung und den Kantonalvorstand, allen für das ihm stets erwiesene Vertrauen herzlich dankend.

Die Sektion Bienne-La Neuveville hat als neuen Vizepräsidenten *Lucien Bachmann*, Bienne, vorgeschlagen; die 5 andern jurassischen Sektionen haben zugestimmt. Kollege Bachmann war in den Jahren 1954–1960 Mitglied des Kantonalvorstandes und während zwei Jahren auch dessen Präsident. Es werden keine weiteren Vorschläge mehr gemacht, sodass abgestimmt werden kann. (Nach Reglement hat die Abstimmung geheim zu erfolgen.) Ergebnis: Lucien Bachmann wird mit 112 Stimmen gewählt. (Eingegangene Stimmzettel: 115, davon 3 leer.)

b) Aufgrund der letztjährigen Revision von Art. 29 der Statuten ist ein weiteres *Mitglied des Kantonalvorstandes* zu wählen. Der Bernische Gymnasiallehrerverein schlägt *Hans Kurth, Bern*, bisher Mitglied mit beratender Stimme, vor. Weitere Vorschläge wurden nicht eingereicht und werden auch jetzt nicht gemacht, sodass in offener Abstimmung gewählt werden kann. Der Vorschlag des Gymnasiallehrervereins wird einstimmig gutgeheissen. Damit umfasst der Kantonalvorstand 15 Mitglieder.

9. Ausbildung und Fortbildung der Lehrerschaft

Kurt Vögeli, Präsident des Leitenden Ausschusses, wendet sich mit folgenden Worten an die Versammlung:

«Am 12. Juni 1968, also vor ziemlich genau einem Jahr, hat die Abgeordnetenversammlung des Bernischen Lehrervereins eine Resolution gefasst, in welcher sie die Erziehungsdirektion bittet, noch vor Ende des laufenden Schuljahres dem Regierungsrat Antrag auf Verlängerung der Seminausbildung zu stellen und gleichzeitig die Notwendigkeit betont, vermehrte Gelegenheiten zur Fortbildung anzubieten.

Wo stehen wir heute? Wir müssen leider feststellen, dass die Regierung unserer Forderung nach Verlängerung der Seminausbildung aus verschiedenen Gründen – ich denke vor allem an den Lehrermangel und die Finanzknappheit – kein Gehör schenken kann. In den Augen des Lehrervereins ist sie weiterhin dringlich, und der Kantonalvorstand wird jede sich bietende Gelegenheit ausnützen, um die verantwortlichen Behörden darauf hinzuweisen. Wir denken auch daran, die Öffentlichkeit durch die Presse periodisch über unser Anliegen zu informieren, wie dies bereits ein erstesmal geschehen ist. Zudem hat der Kantonalvorstand eine dreiköpfige sogenannte Überwachungskommission eingesetzt, die ihn vierteljährlich über die sich abzeichnende Entwicklung im In- und Ausland orientiert. Vorsitzender dieser Kommission ist Herr Hans Egger, der Präsident der ‚Kofla‘. Im folgenden möchte ich über die gegenwärtige Entwicklung auf dem Gebiet der Fortbildung kurz berichten. In der Sitzung des Grossen Rates vom 19. Mai 1969 wurde das Gesetz über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in zweiter Lesung diskussionslos mit 143:0 Stimmen verabschiedet. Es enthält die Grundlage zu einem Dekret über die Fortbildung. Am 19. Dezember 1968 bereits hatte die Erziehungsdirektion eine ausserparlamentarische Kommission bestimmt, bestehend aus je drei Schulinspektoren, Seminardirektoren, Grossräten, Vertretern des Lehrervereins. Präsident ist Herr Schulinspektor Klötzli, Vertreter des Lehrervereins sind die

Herren Zumbrunn, Schwab und der Sprechende. Der Umstand, dass der Kantonalpräsident und der Präsident des Leitenden Ausschusses abgeordnet wurden, beweist Ihnen, welche Bedeutung der Kantonalvorstand dieser Angelegenheit beimisst. Herr Schwab ist ehemaliger Sektionspräsident und Mitglied der *Kofla*, Kommission für Lehrerausbildung Vertreter des Juras.

Vereinsintern wurden im Hinblick auf die Mitarbeit in der genannten ausserparlamentarischen Kommission ebenfalls Vorarbeiten geleistet. Gestützt auf die Anträge der *Kofla* und jene einer Spezialkommission, die sich ausschliesslich mit Fragen der Fortbildung beschäftigt hat, hat der Leitende Ausschuss den Zentralsekretär und den Leiter der Informationsstelle für Fortbildung, Herrn Riesen, beauftragt, einen Dekretsentwurf zu redigieren, der den Wünschen der Lehrerschaft entspräche. Dieser Entwurf ist leider noch nicht so weit gediehen, dass wir ihn hier bereits vorlegen könnten. Er soll an der Sitzung des Kantonalvorstandes vom 25. Juni 1969 besprochen werden. Nach seiner Genehmigung wird er im Berner Schulblatt publiziert. Unter Umständen werden Sie an einer ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung dazu Stellung nehmen müssen. Zusammengefasst enthält dieser Entwurf folgende Grundgedanken: Für den Jura und den alten Kantonsteil wird je eine Kommission für Lehrerfortbildung ernannt, in welchen die Schulbehörden und die hauptsächlichsten Träger der Fortbildung ungefähr paritätisch vertreten sind. Diese Kommissionen beaufsichtigen die Kurszentrale. Ihre Leitung soll in den Händen des Lehrervereins liegen. Die Kosten der Fortbildung trägt zur Hauptsache der Staat, doch muss auch der Lehrerverein einen Beitrag leisten, um sein Mitspracherecht zu rechtfertigen.

Der vorliegende Entwurf verzichtet auf ein Obligatorium, wie es zum Beispiel die Kantone Aargau und Solothurn bereits kennen, in der Meinung, als Vertreter unseres Berufsverbandes dürften wir das nötige Vertrauen in unsere Mitglieder, auch in die jüngeren, setzen. Ein grosszügiges und reichhaltiges Angebot an Kursen, genügende Spesenentschädigungen und eine geschickt gehandhabte Beurlaubungspraxis sollten genügen, um den grössten Teil der Kolleginnen und Kollegen zu aktivieren. Möglicherweise könnte mit Besoldungszulagen nachgeholfen werden.

Dabei sind wir uns bewusst, dass sich weder Bildung noch Fortbildung rein buchhalterisch registrieren lassen. Wertvolles keimt und blüht im Verborgenen, im Freundeskreis, am Schreibtisch, hinter einem Buch.»

Nach diesen Ausführungen meldet sich Kollege *Paul Kopp, Bern*, zum Wort. Der BLV begehre einhellig, so sagte er, *das 5. Seminarjahr*. Regierungsrat Kohler sehe aber aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit, diese Forderung gegenwärtig zu verwirklichen. Kopp regt an, den Gedanken zu popularisieren, Alternativlösungen vorzuschlagen. Der Kantonalvorstand solle sich weiterhin für das 5. Seminarjahr einsetzen, in den Sektionen, den Behörden, der Öffentlichkeit. Nebenbei empfindet es Kopp als Mangel, dass der Zentralsekretär nicht Angehöriger einer politischen Partei und Mitglied des Grossen Rates ist.

Kollege *Villard, Bienne*, findet die letzten Ausführungen Koppes unangebracht. In erster Linie sei wichtig, dass der Zentralsekretär des BLV eine Persönlichkeit sei, und wichtig sei vor allem, dass wir alle ein Mitspracherecht besäßen und die Information spiele.

Zentralsekretär *Marcel Rychner* gibt, die Primarlehrer-

ausbildung betreffend, der Auffassung Ausdruck, der Kanton Bern und einige andere befänden sich in dieser Sache in Europa am Schwanz; in andern Ländern habe oder verlange man ernsthaft Matura und 3 bis 4 Jahre Hochschule. Im übrigen sei es so, dass viele Kollegen sich recht wenig darum kümmerten, was die Delegiertenversammlung jeweils beschliesse in Sachen Lehrerausbildung und Fortbildung, trotz gründlicher Information. – Was seine Person betreffe (keiner politischen Partei und nicht dem Grossen Rat angehörend), möchte er daran erinnern, dass er seinerzeit, wie auch sein Vorgänger Dr. Karl Wyss, gewählt worden sei, weil er *keiner* Partei angehörte. Er fühle sich immer noch den 1198 Kolleginnen und Kollegen, die ihm damals ihre Stimme gaben, verpflichtet. Im weiteren wäre es ihm arbeitsmässig nicht möglich, auch noch politische Funktionen auszuüben, und müsste er dies tun, so käme der BLV nicht darum herum, ihm zum heutigen Büropersonal hinzu auch noch einen Adjunkten zu bewilligen.

Nachdem Paul Kopp bekräftigt hat, dass er beeindruckt sei von der Arbeit des BLV an der Weiterbildung, erklärt *Kurt Vögeli*, Präsident des Leitenden Ausschusses, es sei nicht etwa so, dass der Kantonalvorstand das 5. Seminarjahr aufs Eis gelegt habe. Das 5. Seminarjahr werde weiterhin postuliert. Was eine noch bessere Information betreffe, so sei man daran, einen neuartigen Pressedienst aufzubauen.

10. Revision der Statuten

a) Wie der *Zentralsekretär* mitteilt, hat die vorletzte Präsidentenkonferenz des Juras angeregt, die bisherige französische Bezeichnung SIB (*Société des instituteurs bernois*) abzuändern in SEB: *Société des enseignants bernois*. Die Abänderung ist berechtigt, da man unter *instituteur* einen Primarlehrer versteht, der Lehrerverein auch im Jura aber längst kein Primarlehrerverein mehr ist, sondern wie im deutschen Kantonsteil die Lehrerschaft aller Stufen umfasst.

Einstimmig wird beschlossen, das Begehren zuhanden der Urabstimmung zu empfehlen.

b) Die Sektion Bern-Stadt schlägt vor, zum Art. 1 der Statuten, die *Sozialwerke des BLV* betreffend, eine Ergänzung anzufügen. Der Kantonalvorstand ist immer noch der Auffassung, eine solche sei nicht nötig, um auf statutarischen Grundlagen die bisherigen Sozialwerke (Logierhaus, Heime für die Pensionierten) weiterzuführen und auszubauen, jedoch hat er auch keinen Grund, sich dem Wunsche der Sektion Bern-Stadt zu widersetzen.

Einstimmig wird, nach kurzer Empfehlung durch den Sektionspräsidenten Bern-Stadt, Paul Kopp, folgender Wortlaut zuhanden der Urabstimmung angenommen (Art. 1, lit. m):

«Er (der BLV) errichtet und unterhält Sozialwerke zugunsten seiner Mitglieder (zukünftige und gewesene Mitglieder inbegriffen) und ihrer Angehörigen.»

c) Verlängerung der Amtsdauer der Vorstände und Kommissionen

Man möchte ermöglichen, dass die Mitglieder der Vorstände und Kommissionen auf die Dauer von 6 statt wie bisher 4 Jahren gewählt werden können. Alle 2 Jahre würde dann ein Drittel der Mitglieder ausscheiden.

Der *Zentralsekretär* erläutert, dass es wirklich nur darum gehe, ein längeres Verbleiben in den Vorständen und Kommissionen zu *ermöglichen*. Nach dem vom Kantonal-

vorstand vorgeschlagenen Wortlaut könnte ein Präsident weiterhin nur 2 oder 4 Jahre amtierend, falls ihm umständehalber das Amt nach dieser Zeitdauer nicht mehr zugemutet werden kann.

Der Vorschlag des Kantonalvorstandes (siehe Berner Schulblatt Nr. 20 vom 16. Mai 1969) wird einstimmig zuhanden der Urabstimmung angenommen. Diese soll anlässlich von Sektionsversammlungen stattfinden. Die Bestimmung der weiteren Einzelheiten der Urabstimmung wird für alle drei Geschäfte dem Kantonalvorstand überlassen. Die Urabstimmung soll auf Ende 1969, notfalls Februar 1970, durchgeführt werden.

Anlass zu kurzer Diskussion gibt der vorgeschlagene neue Passus zum *Vorortssystem* bei den Sektionsvorständen. Folgender Wortlaut wird darauf mit 50 : 19 Stimmen angenommen:

«Das Vorortssystem sollte höchstens für das Büro des Vorstandes angewendet werden.» (Art. 22, letzter Absatz)

11. Revision von Reglementen

a) Zentralsekretär Rychner begründet kurz den Vorschlag einer *Erhöhung der Entschädigungen* für die Leiter des Vereins. Die Kolleginnen und Kollegen, die an der Spitze unseres Vereins tätig sind, seien, fast wöchentlich mit einer meist über 5 Stunden dauernden Sitzung beansprucht. Es sei bei der ständigen Vermehrung der Geschäfte den Betroffenen nicht zumutbar, dieses Opfer an Zeit und Nervenkraft als selbstverständlich zu erbringen, ohne bessere Entschädigung als bis dahin (Sitzungsgeld Fr. 15.–). Die Delegiertenversammlung heisst darauf einstimmig folgenden Vorschlag des Kantonalvorstandes gut:

Sitzungen des Leitenden Ausschusses, die mehr als 3 Stunden dauern, geben Anrecht auf ein doppeltes Sitzungsgeld. Die Präsidenten der Vorstände und Kommissionen beziehen für jede einfache oder doppelte Sitzung ein zusätzliches Sitzungsgeld (siehe Berner Schulblatt Nr. 20 vom 16. Mai 1969).

Im weiteren wird der Kantonalvorstand ermächtigt, den Mitgliedern, die ihren Wagen zu benutzen veranlasst werden, in Anlehnung an die kantonalen Normen eine Kilometerentschädigung zuzusprechen.

b) Laut Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24. November 1962 konnten die Lehrerinnen bei Schwangerschaft und Niederkunft die *Stellvertretungskasse* nur in beschränktem Masse beanspruchen. Es wurden Abstufungen je nach Mitgliedschaftsdauer gemacht. Nun hat eine Überprüfung der bisher behandelten Fälle ergeben, dass sich die ganze Mühe der Behandlung der einzelnen Stellvertretungen nicht lohnt, da die einzelne Versicherte jährlich um weniger als Fr. 1.– entlastet wird und die zusätzlichen Verwaltungsspesen ungefähr die Hälfte der erzielten Einsparungen aufzehren. Einstimmig wird der Antrag des Kantonalvorstandes, den gesetzlichen Anteil an den Stellvertretungskosten wegen Schwangerschaft wieder ganz zu übernehmen, gutgeheissen. – Die neue Regelung tritt rückwirkend auf 1. April 1969 in Kraft (Eintreffen der Rechnung).

12. Arbeitsprogramm

Kollege Dr. *Werner Marti* ergreift anstelle des erkrankten Präsidenten der Pädagogischen Kommission, Kurt Weber, das Wort. Die Kommission werde sich weiterhin mit der Stellungnahme zum verbindlichen Lehrplan und zu Arbeitshilfen befassen. Es soll im Berner Schul-

blatt jeweils Bericht erstattet werden. Dr. Marti weist auf den im Schulblatt erschienenen Jahresbericht und erwähnt, dass die Mitarbeit aller jederzeit sehr erwünscht sei.

13. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

a) Vorerst wird über den Beitritt des BLV zur «Stiftung Bauernmuseum Althus-Jerisberghof» gesprochen. Aus statutarischen und Konsequenzgründen konnte mit dem Beitritt nur ein symbolischer Geldbeitrag verbunden werden. Kollege *Hans Tschanz*, Liebefeld, Verbindungsmann des Vorstandes zum Museum, weist darauf hin, dass es in erster Linie darum gehe, die Lehrerschaft zu veranlassen, dieses Bauernmuseum mit ihren Klassen zu besuchen; persönliche Gaben als Gründungsbeiträge seien sehr willkommen.

Kollege *Liechti*, Fraubrunnen, macht darauf aufmerksam, dass auch im Schlosse Landshut bei Utzenstorf eine Sammlung bäuerlicher Gegenstände und Einrichtungen bestehe, es sich also auch dort um ein bäuerliches Museum handle und man sich fragen müsse, ob man beim Jerisberghof mitmachen und bei Landshut abseitsstehen könne.

Einstimmig wird beschlossen, den Beitritt zur «Stiftung Bauernmuseum Althus-Jerisberghof» gutzuheissen; über das Schloss Landshut wird sich der Kantonalvorstand näher erkundigen.

b) Dem *Zentralsekretär* ist es als Berner Vertreter im Vorstand des Schweizerischen Lehrervereins ein Bedürfnis, auf das geplante *Bildungszentrum Le Pâquier* bei Greyerz hinzuweisen. Man werde nach den Sommer-

ferien im Berner Schulblatt genauer darüber orientieren und die Kollegen, wie in der ganzen Schweiz, um freiwillige Beiträge ersuchen. Es gehe darum, den edlen Wettstreit unter den schweizerischen Sektionen anzuzünden. – Im übrigen seien Vorarbeiten zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Lehrerverbände oder eines schweizerischen Lehrerbundes im Gang; dies werde auch der Fortbildung der Volksschullehrerschaft starken Auftrieb geben können.

c) Kollege *Meyer*, Aeschi, möchte wissen, was mit den *Fortbildungsschulen* geschehe. Der Zentralsekretär gibt zur Antwort, die Behörden kämen in der Ausarbeitung einer bessern Lösung nicht vom Fleck. Die Zerteilung in landwirtschaftliche und allgemeine Fortbildungsschulen wirke sich hier bremsend aus, nebst andern Schwierigkeiten.

Um 12.55 Uhr kann *Präsident Gerber* die Abgeordnetenversammlung schliessen. Er tut dies, indem er allen im Lehrerverein Mitwirkenden, insbesondere für heute den Delegierten, dem Kantonalvorstand, allen Präsidenten und Mitgliedern sämtlicher Kommissionen und Vorstände, den Kollegen im Parlament sowie dem Zentralsekretär und seinen Mitarbeiterinnen den herzlichsten Dank ausspricht und die Versammelten zu einem wohlverdienten Mittagessen ins Casino einlädt, wo sich Gelegenheit bietet, bei gemütlichem Zusammensein weitere persönliche Kontakte zu schaffen, auf Geschehenes und Getanes zurückzublicken und neue Pläne zu schmieden.

Der beauftragte Berichterstatter: *Hans Adam*

L'Ecole bernoise

Caisse d'assurance du Corps enseignant bernois (CACEB)

Assemblée des délégués

Pour entrer en matière

La 69^e assemblée ordinaire des délégués de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB), qui a eu lieu le 11 juin 1969 à Berne, au Musée scolaire (Schulwarte), dut être ouverte par le secrétaire, M. *Alfred Pfister*, maître secondaire à Berne-Bümpliz. En effet, M. *Ernst Hauswirth*, président, s'est vu contraint, pour raisons de santé, de quitter l'enseignement et, par conséquent, de renoncer à la présidence de l'assemblée des délégués (au nom de cette dernière, M. Pfister exprima au président sortant, mais malheureusement en son absence, les remerciements les plus vifs pour les services qu'il a rendus). Un autre membre du bureau de l'assemblée, le conseiller aux Etats *Maurice Péquignot*, vice-président, a aussi démissionné parce que, devenu inspecteur scolaire depuis le début de l'année, il ne fait plus partie de la CACEB. Dès lors, c'était à M. Alfred Pfister, unique «survivant» du bureau, qu'incombait la tâche d'ouvrir la séance.

L'ordre du jour comportait 6 tractanda, le dernier ne prévoyant toutefois qu'une information des délégués. Ayant pris note que le procès-verbal de l'assemblée des délégués de 1968 ne donna lieu à aucune discussion et fut approuvé à l'unanimité, il reste à relever les quelques points qui suivent.

Elections

Sur 100 délégués convoqués, 85 étaient présents.

C'est sous la conduite du collègue *E. Wenger*, de Seftigen, député au Grand Conseil, que se déroulèrent d'abord les élections. M. *Alfred Pfister*, jusqu'ici secrétaire, fut, à l'unanimité, nommé président de l'assemblée des délégués. A l'unanimité également, Mme *Geneviève Meyer-Billieux*, institutrice à Fahy, et M. *Fritz Bürki*, maître secondaire à Konolfingen, furent élus respectivement aux postes de vice-présidente et de secrétaire. M. *Max Frey*, maître secondaire à Langenthal, fut désigné comme nouveau membre de la Commission de vérification, cependant que M. *Théodore Lüscher*, instituteur à Evillard, y était appelé en tant que suppléant.

Préoccupations

Le directeur *H. Schmid* jugea bon de mettre l'accent sur certains points du rapport et des comptes annuels.

Il en vint à parler d'abord du *service médical*. Il est surprenant de constater combien, ces années passées, a augmenté le nombre de nouveaux collègues qui, pour raisons de santé, ont dû être admis dans la Caisse comme déposants: uniquement au cours des deux dernières années, il y en a eu 113, dont 14 seulement étaient âgés de plus de 25 ans! A titre d'exemple concret, le directeur Schmid cita le résultat de l'examen d'entrée que le médecin de la Caisse a fait subir à un jeune instituteur de 20 ans: celui-ci ne percevait les chuchotements, des deux oreilles, qu'à une distance de 15 à 20 centimètres (alors que la distance normale dépasse 5 mètres)...

Au cours de la discussion qui suivit, un membre de l'assemblée fit remarquer ce que de tels faits ont d'alarmant et releva qu'une trop grande bienveillance lors de l'admission dans la Caisse d'assurance n'est avantageuse ni pour les intéressés, ni pour l'école, ni pour la Caisse. M. Schmid insista sur le fait que le problème se pose déjà lors de l'admission aux écoles normales. Le candidat ne devrait pas être recommandé uniquement par son médecin de famille. Déjà, plusieurs écoles normales ont choisi comme médecin un médecin de confiance de la Caisse, dont le rapport sert ensuite également à la Commission de vérification. On évite ainsi deux démarches parallèles, et il serait souhaitable que toutes les écoles normales adoptent un tel procédé.

Mais, en ce qui concerne la santé du corps enseignant, il y a autre chose encore qui donne à réfléchir: *les mises à la retraite prématurées, pour raisons psychiques*, ont augmenté de façon effrayante. C'est ainsi que, sur 12 demandes de mise à la retraite prématurée que la Commission d'administration avait à traiter lors d'une de ses séances, 7 concernaient des collègues présentant des troubles psychiques (la plupart d'entre eux n'étant âgés que de 40 à 50 ans).

Evolution générale

Le directeur Schmid en vint encore à parler de ce qu'on appelle la *déduction de coordination*, celle-ci ayant dû être portée de Fr. 1000.- à Fr. 1500.-. Une telle déduction est nécessaire pour éviter qu'un retraité ne reçoive une pension égale ou même supérieure au traitement qu'il touchait durant son activité. (On dit cette déduction «de coordination» parce qu'elle est calculée selon un système coordonné, comportant un montant fixe et un pourcentage variable.) Le danger d'une sur-assurance existe réellement. Un maître primaire retraité de la ville de Thoun, par exemple, reçoit une rente qui, AVS comprise, correspond au 90 % de son ancien salaire net. Le devoir de notre Caisse est d'assurer ses membres, respectivement leurs proches, contre les effets de l'âge et de l'invalidité, ainsi qu'en cas de décès; l'AVS, elle, est une assurance de tout le peuple, qui doit garantir un minimum de moyens d'existence ¹⁾. Il faut rappeler en outre que, à l'heure actuelle, les retraités touchent des allocations de renchérissement au même titre que les membres actifs – allocations pour lesquelles ils n'ont dû verser aucune prime.

(Suite au prochain numéro)

¹⁾ Voir, à ce propos, l'article que nous avons fait paraître dans *L'Ecole bernoise* No 20, du 16 mai 1969, page 136. (Réd.)

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in Nr. 31 müssen spätestens bis *Freitag, 8. August, 7 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Offizieller Teil – Partie officielle

Sektion Köniz des BLV. Einladung zur Hauptversammlung: Mittwoch, 27. August, 13.30, «Krone», Bätterkinden.

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Bernischer Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverband und Kantonalen Arbeitslehrerinnenverband. Am 23. August, 14.30, findet in

der Aula des Kant. Haushaltungslehrerinnen-Seminars, Weltstrasse 40, Bern, ein Vortrag von Herrn W. v. Greyerz mit dem Thema: «Frauenstimmrecht in der Gemeinde – Politische Verantwortung – und politische Möglichkeiten» statt.

Lehrerturnverein Langnau i. E. Wiederbeginn im Herbstquartal 12. August.

Bibelkurs: Gott liebt die Welt. Thema: Lukas 14, 15–24. Zeit: 27. September bis 4. Oktober, Adelboden. Die Bibelarbeit leitet Pfarrer W. Pfendsack, Basel. Auskünfte und Anmeldungen: Frl. Lydia Stoll, Lehrerin, Schwarzenburgstrasse 294, 3098 Köniz.

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnigasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, Lehrer, 3074 Muri bei Bern, Breitenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Insertionspreis: 50 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.

Annoncenregie: Orell Füssli-Annoncen AG, 3001 Bern, Zeughausgasse 14, Telefon 031 22 21 91, und übrige Filialen.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 2 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Annonces: prix pour la ligne d'un millimètre, une colonne 50 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli-Annonces S. A., 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031 22 21 91, et autres succursales.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

Die Werkstätten für
neuezeitliche
Wohnungseinrichtungen

Besuchen Sie unsere
Wohnausstellung in Worb
mit 40 Musterzimmern

Schwallier
MÖBELFABRIK WORB E. Schwallier AG

H. KÄSTLI + CO. Storenfabrik	3000 Bern 15 031 413344	Sonnenstoren Lamellenstoren Rolläden Verdunkelungsanlagen Reparatur-Service
		

Theologiestudium

Zulassungsprüfung für die
Immatrikulation von Kandi-
daten ohne Maturitäts-
zeugnis (2. Bildungsweg)

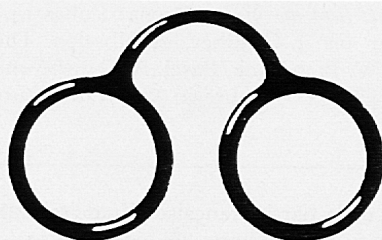
Gemäss Beschluss des
Regierungsrates vom
20. August 1965 besteht für
**Kandidaten ohne
Maturitätszeugnis**, jedoch
mit gehobener Berufsschule
(z. B. Technikum, anerkannte
Fürsorge- oder Handels-
schule, Beamtenausbildung
u. ä.), die Möglichkeit, durch
eine besondere Prüfung
zum Theologiestudium
an der Universität Bern
zugelassen zu werden.
Die nächste Prüfung findet
im November 1969 statt.
Geprüft werden schriftlich
und mündlich Deutsch,
Französisch, eine weitere
Fremdsprache, Mathematik,
Geschichte und Geo-
graphie. Die Prüfungs-
reglemente, die die Einzel-
heiten enthalten, können
beim Präsidenten der
Zulassungskommission
bezogen werden.
Bewerber, die das Theo-
logiestudium ergreifen
möchten, haben sich
bis zum 31. August 1969
beim Präsidenten der
Kommission, Herrn Prof.

Dr. U. Neuenschwander,
Tschannerstrasse 9,
3052 Zollikofen, anzumel-
den. Der Anmeldung
beizulegen sind ein
Lebenslauf, die Empfeh-
lung eines Pfarramtes
oder einer kirchlichen
Behörde, sämtliche Zeug-
nisse über die bisherige
Ausbildung und berufliche
Tätigkeit.
Inhaber eines **bernischen
Primarlehrerpatentes**
können durch die
Prüfungskommission von
der Zulassungsprüfung
befreit werden, ebenso
in besonderen Fällen
Inhaber eines gleich-
wertigen, ausserkanto-
nalen Primarlehrer-
patentes.
Es besteht die Möglich-
keit, die Sprachen Latein,
Griechisch und Hebräisch
zu Beginn des Studiums
in einem gesonderten
Lehrgang zu erwerben.
Für nähere Auskünfte
wende man sich an den
Präsidenten der Zulas-
sungskommission. – Für

das Studium stehen
Stipendien und zinsfreie
Darlehen zur Verfügung.
Es sind jedoch in erster
Linie die eigenen Mittel,
oder, soweit möglich, die-
jenigen der Familie ein-
zusetzen. Die Stipendien-
stelle der kant. Erziehungs-
direktion steht für nähere
Auskünfte zur Verfügung
(Tel. 031 64 42 84).
Die Studentenschaft der
ev.-theol. Fakultät lädt
Interessenten zu einem
Orientierungsabend,
an dem auch Absolventen
des 2. Bildungsweges
sowie der Präsident der
Kommission, Prof. Neu-
enschwander, teilnehmen,
ein (26. August 1969,
20 Uhr an der Sidlerstr. 4,
theol. Seminar, hinter
der Uni).

Bern, im Juni 1969

Für die Zulassungs-
kommission:
Der Präsident:
Prof. Dr.
U. Neuenschwander



Brillenoptik

seit Jahrzehnten eine
Spezialität von

Optiker Büchi

Bern

Marktgasse 53
Telefon 031 22 21 81



Mit bester Empfehlung **Herm. Denz AG**
Klischees
Bern

Ferien + Reisen



Selbstklebefolien

Bücher, sauber mit der HAWE Selbstklebefolie
eingefasst und in den leichten HAWE Bücher-
gestellen übersichtlich eingereiht, laden erst
recht zum Lesen ein. Und die administrative Ar-
beit für den Bibliothekar kann ganz rationell
erledigt werden. Die dazu erforderlichen Mit-
tel sind in der Preisliste "Bibliothekmaterial"
übersichtlich verzeichnet. Darf ich Ihnen diese
Liste mit einigen Materialmustern zustellen?

P. A. Hugentobler, 3000 Bern 22, Breitfeldstrasse 48, Tel. 031/42 04 43

Hôtel Kreuz, Abländschen

empfiehlt sich für

Skilager

Neue Duschen und
Waschanlagen
Neuer Skilift
Platz für 40-50 Personen

Familie E. Stalder-Grogg
1631 Abländschen
Tél. 029 3 35 14